

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Die erste Session des eidgenössischen Parlaments hat wegen der beiden *Ersatzwahlen in den Bundesrat* ein besonders lebhaftes Interesse gefunden. Die Wahl von *Dr. Markus Feldmann* stand zwar seit längerer Zeit fest, nachdem innerhalb der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei die notwendige Abklärung erfolgt war. Die Wahl erfolgte mit einer sehr imposanten Stimmenzahl, nämlich mit 184 Stimmen — ein Ergebnis, das bei einer Neuwahl noch nicht erreicht worden ist. Man wird diese starke Wahl weitherum mit großer Genugtuung entgegennehmen. *Dr. Feldmann* hat sich, das darf ruhig gesagt werden, in den vergangenen 15 Jahren um die Sicherstellung der Unabhängigkeit der Schweiz große Verdienste erworben. Mit lebhaftem Interesse wird man noch heute die Protokolle jener Verhandlungen nachlesen, die der nun zum Bundesrat Gewählte beispielsweise im Jahre 1937 mit einer deutschen Delegation mit dem Ziel einer Bereinigung der deutsch-schweizerischen Pressebeziehungen geführt hat. Unerschrocken und mit unerschütterlicher Konsequenz hat *Feldmann* bereits damals die Interessen des Landes verteidigt und er tat das in der Folge immer deutlicher und intensiver, je stärker der Druck und die Anmaßung über die Grenzen schlugen. Diese Arbeit hat *Feldmann* während des Krieges unermüdlich fortgesetzt. Begreiflich, daß sie nicht geeignet war, ihm überall Freunde zu schaffen. Als im Herbst 1940 der Rücktritt von Bundesrat *Minger* erfolgte, stand die Kandidatur *Feldmann* zeitweise im Vordergrund. Es genügt, heute zu vermerken, daß infolge der damals gegebenen Umstände Herr von *Steiger* in den Bundesrat gewählt wurde. Mit um so größerer Genugtuung begrüßt man heute im ganzen Lande die Wahl von *Markus Feldmann*. Gewiß wird er sich, unter veränderten Verhältnissen, ebenso für die Unabhängigkeit des Landes einsetzen, wie er es in seiner Laufbahn je und je getan hat, und zwar für die Unabhängigkeit nach allen Seiten.

Weniger einfach lagen die Verhältnisse bei der zweiten Ersatzwahl. Nachdem die Zürcher Sozialdemokraten *Dr. Hans Oprecht* aufgestellt hatten, war für die Fraktion deswegen eine schwierige Lage entstanden, weil zum vornherein feststand, daß die bürgerlichen Fraktionen sich dieser Kandidatur niemals fügen würden, und es bestand damit das Risiko der Wahl eines anderen Kandidaten durch die bürgerlichen Stimmen, entgegen dem eigenen Vorschlag der Partei. Dieser Gefahr konnte sich die Fraktion naturgemäß nicht aussetzen. So erfolgte die Aufstellung der Kandidatur von *Dr. Max Weber*. Man weiß, daß sie in bürgerlichen Kreisen ziemlich stark umstritten war. Vor allem aus Kreisen des Gewerbes wurden gegen den Kandidaten erhebliche Einwände geltend gemacht, wobei die Tatsache in den Vordergrund gestellt wurde, daß der Kandidat vor zwanzig Jahren wegen Dienstverweigerung verurteilt werden mußte. Mit Recht wurde indessen von anderer Seite be-

tont, daß sich Weber in späteren Jahren entscheidend für die Bejahung der Landesverteidigung durch seine Partei eingesetzt hat, abgesehen davon, daß er sich lebhaft um seine persönliche Rehabilitierung mit Bezug auf seine Stellung zur Armee bemühte. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Opposition gegen Weber in der Hauptsache dem Umstand zugeschrieben werden mußte, daß der Kandidat als führende Persönlichkeit im Genossenschaftswesen naturgemäß den Kreisen des Gewerbes wenig willkommen erscheinen konnte. Jedenfalls dürften durch die Wahl die erwähnten persönlichen Aspekte nunmehr erledigt sein.

Die zweite Wahl eines *Sozialdemokraten in den Bundesrat* hat begreiflicherweise weitherum zu Überlegungen grundsätzlicher Natur Anlaß gegeben. Nachdem vor acht Jahren der grundsätzliche Entscheid, die Sozialdemokratie im Bundesrat zu beteiligen, einmal gefallen war, dachte natürlich niemand mehr daran, diesen Entscheid rückgängig zu machen. Freilich hat die Mitbeteiligung der Sozialdemokratischen Partei an der Regierungsverantwortung, so sehr man darin eine staatspolitische Notwendigkeit erkennen wird, verschiedene Aspekte gezeitigt, die nicht als erfreulich angesehen werden können. Vor allem ist es nicht im mindesten gelungen, aus der Sozialdemokratie eine wirkliche Koalitionspartei zu machen, und so hat sich an der Oppositionsstellung dieser Partei im Grunde nichts geändert. Soweit wären also die positiven Seiten dieser Regierungsbeteiligung nicht sehr hoch zu veranschlagen; andererseits sind negative Seiten unverkennbar: die staatswirtschaftlichen und zentralistischen Tendenzen haben sich nicht unerheblich verstärkt. Man wird also nicht sagen können, das Problem sei in befriedigender Weise gelöst. Dazu kam nun im besonderen Fall noch die Tatsache, daß dem sozialdemokratischen Bundesratsmitglied das Finanzdepartement zugewiesen war und dies in einem Zeitpunkt, da die Notwendigkeit der Bundesfinanzreform grundsätzliche Entscheidungen erforderte. Dadurch haben sich scharfe und höchst unerfreuliche Gegensätze entwickelt, indem der Chef des Finanzdepartements mit einem Teil seiner Mitarbeiter sich ständig bemühte, einen bestimmten finanzpolitischen Rahmen aufzustellen, den andererseits die bürgerliche Mehrheit des Bundesrates nicht akzeptieren konnte. Man wird es sicher als eine Notwendigkeit bezeichnen dürfen, daß ein solcher Zustand sich in Zukunft nicht mehr wiederhole. Es ist in diesem Zusammenhang also zu wünschen, daß das Finanzdepartement in bürgerliche Hände gelangt und dort eine Politik betrieben wird, die den Tendenzen der bürgerlichen Mehrheit des Bundesrates entspricht. Auch dann noch werden die Einflüsse der Linken in diesem Sektor stark genug zu spüren sein.

Am selben Tage, da die Ersatzwahlen in den Bundesrat erfolgten und die bisherigen Mitglieder der Behörde ehrenvoll bestätigt wurden, erfolgte die *Neuwahl des Bundeskanzlers*. Die Tatsache, daß die Wahl in diesem Falle auf den dienstälteren Bundesvizekanzler fiel und nicht auf eine außerhalb der Verwaltung stehende Persönlichkeit, hat zu gelegentlichen mißfälligen Kommentaren Anlaß gegeben, und eine Tageszeitung liberaler Richtung schrieb sogar von einer «Radikalisierung» der schweizerischen Regierungspolitik. Man wird sich allen Ernstes fragen, ob solche Auslegungen den Tatsachen gerecht werden. Im Grunde genommen hat sich nämlich einfach jener Vorgang wiederholt, den wir bei der letzten Bundeskanzlerwahl erlebten: gewählt wurde nicht ein außerhalb der Verwaltung stehender Kandidat — trotz seinen unbestreitbaren Qualifikationen —, sondern, genau wie letztes Mal im Falle des Herrn Dr. Leimgruber, der dienstälteste Vizekanzler. Daraus eine politische Hauptaktion gestalten zu wollen, erscheint doch einigermaßen übertrieben,

und man müßte es nur bedauern, wenn sich aus dieser Wiederholung eines an sich eben durchaus nicht außergewöhnlichen Faktums eine ernste politische Mißstimmung ergäbe.

Einen wenig erfreulichen Eindruck mußte man aus der Einstellung der Mehrheit des Nationalrates in der Frage der *Tabakkontingentierung* gewinnen. Die Debatte hierüber hat deutlich gezeigt, daß das Parlament in seiner Mehrheit gewillt ist, die Wirtschaftsartikel extensiv auszulegen und insbesondere den Begriff des «Gesamtinteresses» in einer Weise zu interpretieren, die sicher noch starke Opposition finden wird. Vergeblich haben sich in der Debatte verschiedene Redner gegen ein solches Vorgehen gewandt und insbesondere geltend gemacht, daß die betreffenden Maßnahmen nur ergriffen werden könnten, wenn ein wichtiger Wirtschaftszweig als Ganzes in seiner Existenzgrundlage gefährdet ist, daß sie aber nicht mit dem Schutz nur eines beschränkten Kreises von Betrieben eines bestimmten Wirtschaftszweiges, also mit dem Schutz der Klein- und Mittelbetriebe, begründet werden darf. Es ist zweifellos, daß dieses Problem der Tabakkontingentierung noch verschiedene Weiterungen erfahren wird.

In den Beratungen des Nationalrates dieser Session wurde seitens eines Abgeordneten der Partei der Arbeit der Antrag gestellt, einen Posten von Fr. 10 000.— für das Studium des *Problems der deutschen Remilitarisierung* und ihrer Bedeutung für die Schweiz in das Budget des Politischen Departementes aufzunehmen. Der Antrag wurde vom Chef des Politischen Departementes mit dem Hinweis auf die schweizerische Neutralitätspolitik bekämpft und vom Rat mit 116 gegen 5 Stimmen der Partei der Arbeit abgelehnt. Dieser Vorstoß ist bezeichnend für die Einstellung der schweizerischen Kommunisten gegenüber den Vorgängen der großen Politik; sie sind bestrebt, eine Gefahr immer nur auf der einen Seite zu erkennen, indem sie der anderen, nämlich der größeren Gefährdung gegenüber, ihre ausdrückliche Zustimmung zur Schau tragen. Es ist unter diesen Umständen wirklich als ein Glück zu bezeichnen, daß die Nationalratswahlen keine Vermehrung der kommunistischen Mandate eintreten ließen. Das Bild ihrer Gruppierung bleibt also nach wie vor in kleinem Rahmen, und daß ihr Einfluß sich nicht weiter verstärke, wird das Bemühen aller schweizerisch gesinnten Kreise bleiben. Tatsächlich wird denn auch die allgemeine Weltlage von unserem Volk mit durchaus anderen Augen angesehen als von den wenigen Kommunisten, die es in seinem Kreise beherbergen muß. Und was im besonderen die Remilitarisierung Westdeutschlands betrifft, so liegt vorläufig kaum ein Grund zu besonderer Kommentierung vor, da die betreffenden Entschlüsse tatsächlich noch nicht gefaßt sind. Man wird vorerst die Entwicklung abzuwarten haben, die sich vollzieht, bis im Februar nächsten Jahres eine weitere Konferenz des Atlantikrates in Lissabon zusammentritt. Diese Entwicklung kann möglicherweise den Lauf der Dinge nach der einen oder anderen Seite abwenden; was man von hier aus hoffen wird, das wäre jedenfalls die baldige Beseitigung jener Unsicherheiten, die sich mehr und mehr im Kreise der westlichen Politik bemerkbar machen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß weite Kreise des Schweizervolkes die *Entwicklung der Weltpolitik* der jüngsten Monate mit ausgesprochenem Unbehagen und nicht ohne eine gewisse Unruhe betrachten. Tatsächlich scheint es denn auch, daß die Politik der Sowjetunion wieder sehr stark zum Zuge gekommen ist. Der Grund hierfür liegt offenbar darin, daß man seitens der Vereinigten Staaten dem europäischen Westen mit dem Tempo der Aufrüstung zu viel zugemutet hat. In den größeren westlichen Ländern des Kontinents, soweit sie zur Atlantikorganisation ge-

hören, aber auch in England, zeichnet sich immer deutlicher jene Entwicklung ab, deren Eintritt man für den Fall einer *Forcierung der Rüstungspläne* befürchten mußte. Man kann demgegenüber lange einwenden, auch der Osten leide zweifellos an einer Rüstungsforcierung; aber im Osten herrscht die Diktatur, die Völker sind, so schaurig es klingen mag, mehr oder weniger den Hunger und das Elend gewöhnt und sie können sich dagegen nicht erheben. Dagegen ist der Westen frei und seine Völker wollen die Freiheit nicht nur theoretisch genießen, sondern im Wege einer fortdauernden Hebung ihrer für breite Schichten der Bevölkerung schlechten wirtschaftlichen Verfassung am eigenen Leibe erfahren. Unbestreitbar war es unter den Auswirkungen des Marshallplanes bis zum Sommer 1950 gelungen, die Entwicklung in den betreffenden Ländern Europas in diesem Sinne voranzutragen; aber es ist leider Tatsache, daß die Erfordernisse der Rüstung das Erreichte wieder in Frage zu stellen drohen. So hat denn auch seit den Wahlen vom Sommer dieses Jahres der Kommunismus keinen Rückgang mehr erfahren und wie eine mächtige Drohung steht er nach wie vor, aufgebaut auf der wirtschaftlichen Notlage. Aus diesen Umständen zieht die Politik der Sowjetunion alle Vorteile, die ihr gegeben sind. Dabei kommt ihr die Unruhe im Mittleren Osten und in Afrika zugute, soweit sie nicht direkt das Werk ihrer eigenen Politik ist. Zweifellos erfordert diese Lage die Aufmerksamkeit der westlichen Politiker in ausschlaggebendem Maße; wieweit sie bereits in die Beurteilung der Militärs eingegangen ist, beweisen erneut die jüngsten *Außerungen General Eisenhowers*, der immer wieder auf die Notwendigkeit hinweist, die Rüstung mit der Sicherung eines Minimums an wirtschaftlichem Wohlstand in Vereinbarung zu bringen. Diese Äußerungen häufen sich in letzter Zeit derart, daß man versucht ist, sie als Parolen des künftigen amerikanischen Präsidenten zu werten. . . Wie dem auch sei, — das Problem ist ernst und in gewisser Beziehung entscheidend. Fraglich ist, ob die Entwicklung sich bei etwas vorsichtigerer politischer Dosierung seitens der Vereinigten Staaten hätte vermeiden lassen. Hier wird man sich hüten müssen, voreilig Kritik zu üben, besonders angesichts der immensen Anstrengungen, welche die Vereinigten Staaten selbst für die Rüstung unternehmen. Aber leider besteht der Eindruck, daß ein großer Teil des Vorsprungs, den sich der Westen mit der Eindämmung der Aggression in Korea gesichert hatte, bereits wieder verloren ist. Natürlich erscheint hie und da auch wieder ein Lichtblick, so z. B. in der erfreulich starken *Annahme des Schuman-Planes* durch die französische Nationalversammlung. Aber die Hauptschwierigkeiten kommen wohl erst mit der Realisierung der *Europäischen Armee*. So wird man denn mit Vorteil die Entwicklung abwarten, welche sich bis zu der nächsten Tagung des Atlantikrates im Februar 1952 vollzieht. Dann wird sich auch zeigen, ob eine Aufrüstung Westdeutschlands im europäischen Rahmen erreicht werden kann und welche Formen sie annimmt. Heute mag man die Hoffnung hegen, daß das bedeutsame Problem in diesem Rahmen gelöst werden kann. Fände sich diese Lösung nicht, so stünde zweifellos die Politik der Vereinigten Staaten — und mit ihr die Politik des gesamten Westens — vor schweren, entscheidenden Entschlüssen.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Italien

Italien stand vor Monatsfrist aus zwei durchaus verschiedenen Gründen im Mittelpunkt des Weltinteresses: die furchtbare Überschwemmungskatastrophe in der Po-Ebene und die Atlantikkonferenz in Rom lenkten die allgemeine Aufmerksamkeit auf unser Nachbarland. Erst die Zukunft wird eine genaue Eruiierung der Schäden ermöglichen, doch werden diese wohl kaum geringer als 50 Milliarden Lire sein. Für ein ohnehin armes Volk, das trotz allen großen Fortschritten des Wiederaufbaus seit dem Kriege sein wirtschaftliches Gleichgewicht noch nicht gefunden hat, bedeuten sie einen schweren Schicksalsschlag. Wie unrichtig der oft gehörte Gemeinplatz ist, daß sich romanische Völker solchen Situationen nicht gewachsen zeigen, bewies die wahrhaft erhebende Reaktion des italienischen Volkes auf die Naturkatastrophe. Es setzte schlagartig ein wahrer Hilfewettlauf ein, der bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Wir haben seit der nationalen «riscossa» nach der Caporetto-Krise von 1917 keinen derartig patriotisch-solidarischen Aufschwung mehr erlebt. Wenn im italienischen Alltagsleben die Solidarität kaum je über den Familienkreis hinausgeht und die Abwehrstellung gegenüber dem Staat nach wie vor ein Grundelement ist, so haben die letzten Wochen doch den Beweis erbracht, daß in Notfällen mit einem starken nationalen Zusammenhang gerechnet werden kann. Man wird gut tun, diese Erkenntnis zu beherzigen.

Nicht weniger erfreulich als die italienische Eigenhilfe war auch die Hilfeleistung der ganzen Welt, ganz besonders Europas. Dieser spontane Akt internationaler Solidarität hat nach unserem Dafürhalten für den Zusammenschluß Europas mehr geleistet als ein halbes Dutzend fruchtloser Ministerkonferenzen in Straßburg und andern Städten. Er bedeutete einen Hoffnungsstrahl in der gegenwärtigen Katzenjammerstimmung, hervorgerufen durch das furchtbarste Schnecken-tempo der europäischen Integration auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiete. Braucht es eine noch weit größere Katastrophe, um endlich den Weg der Vernunft zu beschreiten?

Im außenpolitischen Sektor hat Italien auf dem

Weg der Rehabilitierung

in den vergangenen Monaten starke Fortschritte gemacht. Eingeleitet wurden sie durch den Besuch des Ministerpräsidenten De Gasperi in Amerika im September. Wenn zweifelsohne auch wahltaktische Erwägungen mit im Spiele waren (es kann der Administration Truman nicht gleichgültig sein, wie die sieben Millionen Wähler italienischer Abstammung bei den kommenden Wahlen stimmen), so war der überaus herzliche Empfang De Gasperis in New York und Washington eine spontane Sympathiekundgebung der Vereinigten Staaten für den großen Staatsmann und das von ihm vertretene Land, in Anerkennung der großen Leistungen, die Italien dank eigener Anstrengungen und der generösen Marshallhilfe zustandegebracht hat. Italiens Wunsch nach einer Revision des Friedensvertrages fiel in Amerika nach gründlicher diplomatischer Vorbereitung auf fruchtbaren Boden. Das seither formell an die Signatarstaaten des «Diktates» gerichtete Gesuch um Revision wurde mit Ausnahme der Oststaaten überall mit Sympathie aufgenommen. Ob auch endlich das russische Veto gegen die Aufnahme Italiens in die UNO fallen wird, bleibt eine offene Frage. Wenn Paris eine Messe wert war, so scheint uns, daß die Westmächte den Eintritt Italiens in die Vereinigten Nationen durch gleichzeitige Aufnahme eines weitem östlichen Satellitenstaates ermöglichen sollten, um dem gegenwärtigen skandalösen Zustand des Ausgeschlossenseins endlich ein Ende zu machen.

Die zunehmende Wichtigkeit Italiens im europäischen Völkerkonzert bleibt keinem unparteiischen Beobachter verschlossen. De Gasperi führt die außenpoli-

tische Linie seines Vorgängers Sforza mit dem ganzen Gewicht seines Prestiges weiter. Italien ist bereit, zu Gunsten einer europäischen Föderation auf einen Teil seiner Souveränitätsrechte zu verzichten, auch auf militärischem Gebiete. Im Rahmen seiner beschränkten Möglichkeiten treibt es den Aufbau seiner Verteidigungskräfte voran. Die Anerkennung seiner Anstrengungen auch auf diesem Gebiete war einer der Gründe zur Wahl Roms als Tagungsort der letzten Atlantikkonferenz.

Um die

Triestiner Frage

ist es wieder einmal stille geworden. Wahrscheinlich sind direkte italienisch-jugoslawische Verhandlungen über diese leidige Frage schon im Gange oder sie stehen unmittelbar bevor. Der Prestigezuwachs, den sich De Gasperi mit seiner Amerika-reise verschafft hat, wird ihm gestatten, einem Kompromiß zuzustimmen, der ihm noch vor wenigen Monaten seine Stellung gekostet hätte. Natürlich werden der Links- und Rechtsextremismus die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um gegen den ihnen verhaßten De Gasperi Sturm zu laufen, doch die Blätter der Regierungskoalition haben bereits begonnen, das Publikum auf gewisse Gebietsverluste der Zone B vorzubereiten. Dem Entrüstungsturm Togliattis, der vor drei Jahren demselben Tito Görz opfern wollte, wird außerhalb des engsten Parteizirkels kein Erfolg beschieden sein. Mehr Resonanz dürfte das Protestgeschrei der äußersten Rechten finden, doch kaum in gefährlichem Ausmaße.

Die außenpolitischen Erfolge hätten gewiß nicht verfehlt, auch auf innenpolitischem Sektor günstige Rückwirkungen zu zeitigen, wenn nicht die

wirtschaftlichen Schwierigkeiten

sehr unliebsame Gegenwirkungen hervorgebracht hätten. Scheinbar wurde De Gasperi im September auch eine weitgehende Wirtschaftshilfe in Form von Rüstungsaufträgen an die italienische Industrie in Aussicht gestellt, wodurch neben der Förderung der Aufrüstung vor allem auch eine massive Senkung der Arbeitslosenziffer (immer noch ca. 2 Millionen) möglich geworden wäre. Bis zur Stunde scheint die Sache noch nicht angelaufen zu sein. Wo der Fehler für diese sehr unliebsame Verschleppung liegt, ist schwierig festzustellen, doch kann der unvoreingenommene Beobachter nicht umhin, ihn auch in Amerika zu suchen. Die Amerikaner scheinen in ihrer Mehrzahl die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas, und ganz besonders Italiens, zu unterschätzen, indem sie an unsern Kontinent ihre eigenen Maßstäbe anlegen. Einfühlungsgabe scheint ihnen da weitgehend zu fehlen. Darin liegt eine große Gefahr, denn die ganze Widerstandskraft Europas ist unseres Erachtens heute mindestens so sehr ein Wirtschaftsproblem wie eine militärische Frage. Gelingt es nicht, innerhalb kurzer Zeit die wirtschaftliche Krise zu bannen, so fällt das ganze Atlantikpaktgebäude wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Diese Gefahr ist heute in Italien akut, trotz der Produktionshebung um weitere 16 % gegenüber dem Vorjahr. Im ersten Semester war dagegen die Zahl der erklärten Konkurse um 20 %, diejenige der Wechselproteste sogar um 33 % höher als im Vorjahr. Diese Zunahme ist natürlich in erster Linie bedingt durch die restriktive Kreditpolitik der Banken, die ihrerseits auf den deflatorischen Richtlinien der Regierung basiert, welche den Kaufwert der Lira unter allen Umständen hochhalten will. So lobenswert die Verteidigung der Währung auch ist, so zeitigt sie eben doch Folgen, die einer weitgehenden Unzufriedenheit großer Bevölkerungskreise rufen. Die kommunistische Taktik findet da willige Ohren. Der soeben vom Parlament gutgeheißene Mietzinsaufschlag von 50 % — auf zwei Jahre verteilt —, so bescheiden er für die Hausbesitzer auch ist, sowie die Behauptung, daß die Eigensteuereinschätzungen der «Reichen» samt und sonders falsch seien, machen viele Leute für kommunistische

Propaganda anfällig, die sonst durchaus nicht im marxistischen Lager stehen. Der Vorstoß der CGIL, des unter kommunistischem Einfluß stehenden größten Gewerkschaftsbundes, in der Richtung auf eine weitere allgemeine Lohnerhöhung konnte bis jetzt abgeschlagen werden. Aber für wie lange Zeit?

Als innenpolitisches Ereignis von Bedeutung sei der

liberale Parteikongreß von Turin

erwähnt, der die Festlegung einer gemeinsamen Parteipolitik von Seiten des rechten und linken Flügels brachte. Ob der Liberalismus in Italien wieder eine Auferstehung feiern wird, wie ihn seine Anhänger erwarten, wird in erster Linie von einer Verminderung der ideologischen Spannung abhängen. Solange die Wahlkämpfe wie bis anhin unter der Devise: *Hie Kommunismus — Hie Antikommunismus* stehen werden, wird der Liberalismus wenig Aussicht auf eine Verbesserung seiner Wahlchancen haben.

Im wirtschaftlichen Sektor

seien neben der bereits erwähnten Steigerung der Produktion, die heute 35 % über dem Stand von 1938 steht, folgende Zahlen erwähnt: In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres betrug der Importwert \$ 1600 Mio. (48 % höher als im Vorjahr), der Exportwert \$ 1180 Mio. (40 % höher als 1950). So erfreulich diese Ausweitung an und für sich ist, so zeigt leider die nähere Analyse, daß der Import vor allem aus der Dollarzone angewachsen ist, und der Export in die Länder der europäischen Zahlungsunion, darunter in erster Linie Großbritanniens, zugenommen hat. Diese Entwicklung ist für Italien um so gefährlicher, als es bereits von früher her ein großes Pfundguthaben besitzt, das nach kurzer Verminderung neuerdings einen neuen Rekordstand erreicht hat. Italien sucht heute mit allen Mitteln, seine Gläubigerposition in der UEP abzubauen. Sozusagen über Nacht hat es vor Monatsfrist seinen seit Jahrzehnten gesteuerten Kurs: wenig Import — viel Export um 180° geändert. Heute lautet die Devise: Mehr importieren, weniger exportieren, was die UEP-Länder anbelangt. Große Branchen, wie z. B. die Baumwollbranche, haben bereits eine «freiwillige» Exportkontingentierung in die Wege geleitet. Leicht sind solche Umstellungen nicht, will man nicht Abnehmer vor den Kopf stoßen, auf die man in Zukunft wieder angewiesen ist.

Erfreulich ist, daß sich der *Notenunlauf* trotz gesteigerter Produktion seit zehn Monaten nicht verändert hat: er betrug Ende Oktober 1156 Mrd. Lire. Dies erklärt wohl auch die stabile Lage der «schwarzen» Devisenkurse. Seit Monaten z. B. beträgt das Disagio des Schweizerfrankens auf dem freien Markte bloß ca. 10 %. Zweifellos haben der starke Besuch ausländischer Touristen und die wieder zunehmenden Auswandererrimessen die italienische Devisenlage günstig beeinflusst. Die *Staatsbahnen* setzen die Erweiterung und Erneuerung des Wagenparkes mit Energie fort. Die modernisierte *Handelsflotte* verfügt bereits wieder über eine Tonnage von 3,1 Mio. Tonnen (Vorkriegszahl: 3,5 Mio.). Sehr beachtlich ist die Zunahme des *Autoverkehrs*. Immerhin ist der einheimische Markt bereits derartig gesättigt, daß für die meisten Wagentypen keine Wartefristen mehr bestehen und sogar wieder gebrauchte Autos an Zahlungsstatt genommen werden.

Zusammenfassend läßt sich sagen: wenn Italien mit ausländischer Hilfe in die Lage versetzt wird, die durch die Aufrüstung gefährdete wirtschaftliche und politische Konsolidierung, die es mühsam erreicht hatte, im kommenden Jahr aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen, dann darf man seiner Lage mit Vertrauen begegnen. Und das gilt ja für ganz Europa!

Peregrinus

Bericht aus Washington

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die komplexen und sich ständig verändernden Probleme der Welt vorübergehend zum Stillstand gebracht werden könnten, während die Vereinigten Staaten durch das aufregende Getriebe der sich alle vier Jahre wiederholenden Präsidentschaftswahlen steuern. Da das aber nicht möglich ist, wird

das Jahr 1952

wahrscheinlich eine Zeit größter Aufregungen und Stürme werden, möglicherweise sogar ein gefährvolles Jahr.

Ein nationaler, politischer Feldzug in den Vereinigten Staaten — er verspricht dieses Mal besonders bitter zu werden — wird auch im Zusammenhang mit dem Aufrüstungsprogramm der westlichen Demokratien spürbar werden. Auch der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas und die Versuche, in Asien zu einer Lösung der Probleme zu gelangen, werden dabei in Mitleidenschaft gezogen. Wie in allen Demokratien schielen auch in den Vereinigten Staaten die Mitglieder der Regierung gewohnheitsmäßig mit einem Auge auf die Wahlurne, wenn sie bedeutsame Erklärungen über die politische Lage abgeben. Im Jahre 1952 wird diese Gewohnheit in noch viel ausgesprochenerem Maße zutage treten, als in den Jahren zwischen den Wahlen. Wir möchten diesen Vorgang nicht etwa ändern, aber wir sind immerhin imstande, die Gefahren zu erkennen, die er jetzt mit sich bringt, und wir können gewisse Situationen vorwegnehmen, die dadurch heraufbeschworen werden.

Zwei Gedanken werden die Kongreßmitglieder, die im Januar an ihre Arbeit zurückkehren, vor allem beschäftigen: sich ihren Wählern im günstigsten Licht zu zeigen, und ihre Arbeit im Kongreß so rasch als möglich zu erledigen, um den größeren Teil des nächsten Sommers in ihren Wahlkreisen Propaganda treiben zu können. Man wird keine Anstrengung scheuen, auf die Gesetzgebung so einzuwirken, daß beim Durchschnittswähler ja keine Mißstimmung aufkommen kann. Es ist zum Beispiel äußerst zweifelhaft, ob im Jahre 1952 weitere Steuern gesetzlich verankert werden können. Sehr umstrittene Geschäfte, wie zum Beispiel eine neue Zivilrechtsgesetzgebung, werden wie die Pest gemieden werden. Auch ist es sehr unwahrscheinlich, daß bei der Verwirklichung von Präsident Trumans «Fair Deal»-Programm des sozialen Fortschritts weitere Schritte unternommen werden.

Der Kongreß wird sich auf das Minimum der dringend eine Erledigung heischenden Aufgaben beschränken; das amerikanische Verteidigungsprogramm, die für die Hilfe an fremde Mächte notwendige Gesetzgebung, eine möglichst schmerzlose Steuergesetzgebung und die für das richtige Funktionieren der Regierung notwendigen Kredite. Die folgenden Feststellungen dürfen als sicher betrachtet werden:

1. Die verschiedenen Untersuchungskomitees des Kongresses werden ihre Arbeit weiterführen und wahrscheinlich noch erweitern. In ihnen wird die politische Stimmung besonders stark zum Ausdruck kommen.
2. Der Friedensvertrag mit Japan wird einen etwas weniger heftigen Sturm entfachen, wird aber schließlich doch ratifiziert werden.
3. Der Wunsch des Präsidenten, die Vereinigten Staaten durch einen Botschafter beim Vatikan vertreten zu lassen, wird nicht in Erfüllung gehen.
4. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß irgendeine Erweiterung der amerikanischen Hilfsprogramme zugunsten fremder Mächte, seien sie militärischer oder wirtschaftlicher Natur, vom Kongreß gebilligt wird. Die Regierung wird Mühe genug haben, die gegenwärtigen Programme zur Ausführung zu bringen. Während diese Zeilen geschrieben werden, wütet eine Debatte über die

Fortentwicklung des amerikanischen Wiederaufrüstungsprogramms.

Man hört viele Klagen über das unzureichende Tempo der Aufrüstung. Diese Klagen beziehen sich sowohl auf den Ausbau einer starken, militärischen Stellung der Vereinigten Staaten, als auch auf die Belieferung der Atlantikpaktstaaten mit genügenden Waffenmengen. Kommt jedoch in Korea ein Waffenstillstand zustande — die Chancen sind heute wenigstens ausgeglichen —, dann wird es schwer fallen, auch nur die gegenwärtigen Anstrengungen fortzusetzen. Ein «Friede» in Korea würde unvermeidlich ein Nachlassen der Spannung nach sich ziehen. Die Versuchungen eines Wahljahres sind so groß, daß manch ein Politiker geneigt sein mag, seinen Wählern das Zückerchen der Rückkehr zur «Normalität» hinzustrecken.

Schließlich stehen noch wichtige innenpolitische Belange zur Diskussion, die vielleicht sogar im Wahlfeldzug ausschlaggebend werden können, obwohl die Meinungsverschiedenheiten über die Leitung und Führung der Außenpolitik nicht gering geschätzt werden dürfen. Die Regierung ist jetzt gerade in einen Knäuel von Widerwärtigkeiten verstrickt;

eine dunkle Wolke von Skandalen

durchdringt den ganzen Regierungsapparat. Obwohl man vom Präsidenten erwarten kann, daß er drastische Säuberungsmaßnahmen ergreifen wird, sind Unfähigkeit, Geschmacklosigkeiten und vielleicht sogar unverhüllte Schurkerei einiger mit der Regierung in Verbindung stehender Männer dermaßen schwerwiegende Verfehlungen, daß der Aufschrei «Skandal», den die Opposition ertönen läßt, sich als entscheidende politische Waffe bei der Wahlkampagne des Jahres 1952 erweisen kann.

Es ist in der amerikanischen Politik fast selbstverständlich, daß der Wähler, der am Wahltag mit dem Geld in seiner Tasche klimpern kann, nicht für eine Änderung der Politik stimmt. Es ist weitgehend dem Aufrüstungsprogramm zu danken, daß die Vereinigten Staaten heute eine wirtschaftliche Prosperität erleben, die beinahe die Formen des «Booms» angenommen hat. Dieser Zustand wird wahrscheinlich auch im nächsten November noch andauern. Die latente Gefahr liegt jedoch in der Möglichkeit, daß die ganze Wucht der Inflation gerade dann spürbar wird, wenn die Wähler zu den Urnen gehen.

Kandidaten jeder politischen Färbung manövrieren heute schon für die demokratischen und republikanischen Nominationen für die Präsidentschaft.

Präsident Trumans eigene Pläne

bleiben vorläufig unbekannt und werden vielleicht nicht vor dem Frühsommer bekannt gegeben. Es liegt ihm nicht viel daran, wieder zu kandidieren, aber die Lage wird ihm vielleicht keine Wahl lassen. Wie viele andere Präsidenten hat auch er sich wenig Mühe gegeben, einen Nachfolger «herauszuputzen». Der oberste Richter des höchsten Gerichtshofes, Fred Vinson, ist wahrscheinlich der vom Präsidenten persönlich Bevorzugte, aber es bestehen ernste Zweifel, ob der oberste Richter sich für das Amt interessiert. Es gibt in der Partei des Präsidenten genügend Männer, an deren Fähigkeit nicht gezweifelt werden kann, sowohl im Senat als unter den Gouverneuren verschiedener Staaten. Von diesen haben jedoch nur wenige nationales Format erreicht.

Die republikanische Partei, die nun seit zwanzig Jahren nicht mehr an der Macht war, zeigt viel Zuversicht und hofft auf ein «comeback» im nächsten Jahr. Demzufolge hat der Kampf um die republikanische Nomination schon früh eingesetzt und wird mit Bitterkeit ausgefochten. Senator Robert A. Taft, der schon zweimal bei der Aufstellung der Kandidatur für die Präsidentschaft unterlegen ist, hat diesmal gut gestartet. Heute muß man ihn bei den Republikanern als führenden Anwärter auf die Nomination betrachten. Er ist ein Konservativer und hat sich nur

teilweise von seinen im allgemeinen isolationistischen Ansichten und Überzeugungen gelöst.

Es entwickelt sich langsam eine starke

Bewegung zugunsten von General Eisenhower

und seine Nomination durch die Republikaner muß heute als möglich gelten. Ihr Korrespondent hat General Eisenhower während seines letzten Besuchs in Washington bei einem Presseempfang gesehen und zweifelt nicht, daß er eine republikanische Nomination annehmen würde, ja vielleicht herbeisehnt.

Ob die politische Zauberkraft des Generals so groß ist, wie seine Anhänger glauben, oder ob er tatsächlich ein guter Präsident würde, sind umstrittene Fragen. Darüber gibt es keinen Zweifel, daß Eisenhower geliebt und bewundert wird — als General. Dagegen widerstrebt es vielen Amerikanern auf Grund der Überlieferung, zivile Verantwortung in die Hände eines Militärs zu legen. Bekannte Generäle, die zugleich große politische Führer waren, wie etwa Washington und Jackson, waren keine Militärs im strengen Sinn des Wortes. Das letzte Mal, da ein wirklicher Soldat im Weißen Haus wohnte — General Grant —, waren die Ergebnisse seiner Tätigkeit nicht befriedigend.

Der von den Republikanern im Jahre 1948 ohne Erfolg als Kandidat für die Vizepräsidentschaft aufgestellte Gouverneur von Kalifornien, Earl Warren, hat erneut erklärt, daß er sich zur Verfügung stelle. Er ist eine der anziehendsten Gestalten auf der Bühne der amerikanischen Politik und seine Nomination könnte sich als annehmbarer Kompromiß erweisen, wenn im nächsten Sommer, an der die endgültige Kandidatur bestimmenden Delegiertenversammlung, die Anhänger Tafts und Eisenhowers infolge gleicher Stärke in eine ausweglose Lage geraten würden.

Die Aussichten für die Ausschaltung der Splitterparteien, die bei den Wahlen im Jahre 1948 so wichtig waren, scheinen im Jahre 1952 günstig zu sein. Die Partei der Progressisten ist praktisch verschwunden, und die «Dixiekraten» des Südens, deren Kandidat das letzte Mal tatsächlich in verschiedenen Staaten als Sieger hervorging, dürften bei den kommenden Wahlen nicht so gut abschneiden. Wenn jedoch Präsident Truman nochmals kandidiert, darf man erwarten, daß sich wiederum in den Südstaaten ein gewisser Abfall von der demokratischen Partei zeigen wird.

General Douglas MacArthur und der frühere Gouverneur Harold Stassen können ebenfalls einen starken Einfluß auf die Entwicklung in der republikanischen Partei im Jahre 1952 ausüben. Obwohl sein hohes Alter ein Hindernis gegen seine eigene Wahl ist, kann General MacArthurs Vorliebe für Senator Taft und seine heftige Abneigung gegen General Eisenhower stark ins Gewicht fallen. Harold Stassen bewarb sich vor vier Jahren um die Nomination und erhielt beträchtliche Unterstützung im Volk. Heute hat er nicht mehr die gleiche politische Anziehungskraft, könnte aber dennoch als Kandidat für die Vizepräsidentschaft ausersehen werden.

Hohe amerikanische Beamte, die kürzlich von den Konferenzen in Rom zurückgekehrt sind, gaben ihrer Enttäuschung über die langsame Entwicklung der Dinge offen Ausdruck. Sie wissen, daß noch ein großer Knäuel von Problemen der Entwirrung harret.

Wie kann nun die europäische Wiederaufrüstung beschleunigt werden?

Wann wird man endlich eine Formel finden, welche die Bewaffnung Westdeutschlands ermöglicht, und wann wird damit begonnen? Was kann man unternehmen, um die zum Stillstand gekommenen Probleme des militärischen Kommandos im Nordatlantik und im Mittleren Osten einer Lösung zuzuführen? Wenn von diesen und anderen Problemen die Rede ist, hört man immer und ausnahmslos die Bemerkung: «Und zu allem Elend ist das Jahr 1952 in den Vereinigten Staaten noch ein Wahljahr».

In mancher Beziehung wird die Lage dadurch komplizierter. Andererseits dient diese Tatsache als Hauptpropagandawaffe im West-Ostkonflikt. Eine amerikanische Wahl bleibt eine machtvolle Demonstration des Funktionierens der Demokratie, mag sie noch so lärmig, extravagant und zügellos sein. Es ist nur zu hoffen, daß die Freunde der Vereinigten Staaten, die diesem Vorgang schon so oft zugeschaut haben, sich nicht durch das Flitterwerk der Wahlreden beirren lassen. Die Herren im Kreml mögen sich zwar durch ihr Wunschdenken irreführen lassen, täten aber gut daran, nicht zu vergessen, daß die amerikanische Politik und sogar die Verbissenheit eines grimmigen Wahlkampfes das Land angesichts einer Gefahr nicht zu schwächen vermögen. Das demokratische Spiel im kommenden Wahlkampf darf nicht als Schwäche gedeutet werden, sondern es ist im Gegenteil ein Zeichen großer Stärke.

Richard J. Davis

Militärische Umschau

China als Militärmacht

I.

In der neuesten Nummer der «*Foreign Affairs*» veröffentlichte der militärische Redaktor der «*New York Times*», *Hanson W. Baldwin*, unter dem Titel «*China as a Military Power*» eine fesselnde Abhandlung über die chinesische Armee¹⁾. Baldwin ist einer der angesehensten Militärschriftsteller der USA und gilt auch für den hier behandelten Stoff als Experte. Seine Ausführungen werden auszugsweise wiedergegeben:

Seit zwanzig Jahren sind die Chinesen fast ununterbrochen in größere Kriege verwickelt gewesen. Der durch die japanischen Angriffe zu neuem Leben erwachte Nationalismus hat dem kriegerischen Geist neue Kraft gegeben, und seit dem Ausbruch des koreanischen Krieges hat der dialektische Rationalismus des Kommunismus die gleiche Wirkung erzeugt. Dem Beispiel Moskaus folgend, ruft Peking das Volk zur «Verteidigung» des Vaterlandes zu den Waffen und wühlt die Masseninstinkte durch Zukunftsbilder auf, in denen die schlummernden Kräfte Chinas in dynamische politische und militärische Energie umgewandelt werden. Die heutigen Intellektuellen sind an den Kampfwagen des Kommunismus gespannt und vertreten in der Hauptsache eine angriffslustige Philosophie. In Zukunft ist China in der Hand von Bauernsöhnen, geduldigen Männern, die auf manchen Schlachtfeldern gezeigt haben, daß sie kämpfen wollen. Die Amerikaner haben diese überraschende Erfahrung in Korea ziemlich teuer bezahlen müssen. Seit dem Boxeraufstand stehen sie zum ersten Mal organisierten, von Kampfwillen beseelten chinesischen Streitkräften gegenüber.

Ist der jetzige chinesische Soldat ein wichtiger Faktor in der weltpolitischen Gleichung? Bedroht er möglicherweise die ganze Welt? Sind wir etwa Zeugen der Verwirklichung der «Gelben Gefahr»? Können Chinas ungeheure Menschenreserven für Angriffsunternehmungen eingespannt werden, um dem Kommunismus, vielleicht auch einem virulenten Nationalismus, vielleicht einer Verbindung der beiden, Vorspanndienste zu leisten?

Bei einer Umschreibung der militärischen Macht Chinas fällt uns dessen gegenwärtige materielle Schwäche auf. Im Zeitalter der Flugzeuge und Tanks genügen Menschenmassen nicht, um eine große militärische Stärke zu gewährleisten. Die in-

¹⁾ *Foreign Affairs*, an American Quarterly Review, October 1951, New York.

industrielle Schwäche Chinas, seine ungenügenden und leicht zu bombardierenden Verbindungen, seine Schwäche zur See und seine begrenzte Luftmacht ergeben so schwerwiegende militärische Nachteile, daß China heute nicht zu den erstrangigen Militärmächten gehört. Seine Fußsoldaten, die barfuß, in Strohsandalen oder Tennisschuhen im Gebirge oder Sumpfgelände kämpfen, könnten vielleicht, dank ihrer rein zahlenmäßigen Überlegenheit, an China grenzende Gebiete auf dem asiatischen Festland beherrschen. Insofern ein vom kommunistischen China beherrschtes Ostasien eine Bedrohung für die ganze Welt bedeuten würde, kann man auch sagen, daß der moderne chinesische Soldat möglicherweise eine Gefahr für die ganze Welt sei. Aber China ist immer noch abgeschlossen und vom Meere eingeeengt. Selbst Formosa hat Peking bis heute erfolgreich widerstanden. Auch der Mangel an hinreichenden Verbindungen, besonders mit den Nachbarn in Südostasien, würde einem militärischen Unternehmen der Chinesen über ihre Landesgrenzen hinaus viel von seiner Kraft nehmen. Je weiter die Chinesen vom Yalu weg nach Süden vorstießen, desto schwieriger gestaltete sich die Sicherstellung des Nachschubes. «Die gelbe Gefahr» in dem von früher her bekannten Sinn kann nicht bestehen, solange China nicht durchorganisiert, industrialisiert und in jeder Beziehung weiterentwickelt worden ist. Dieser Prozeß wird Jahrzehnte beanspruchen. Es ist allerdings möglich, daß China die ersten Schritte auf dem Weg zur modernen Militärmacht bereits getan hat. Seine Eisenbahnen sind heute viel leistungsfähiger als vor zehn Jahren; Tausende von Soldaten aus den entferntesten Grenzlanden des Riesenreiches wurden nach Korea transportiert. Auch die Industrie hat sich in bescheidenem Rahmen entwickelt. Die Kommunisten haben die Verwaltung und die militärische Kontrolle in Peking so weitgehend zentralisiert, wie dies noch keine chinesische Regierung der Neuzeit fertigbrachte, und ihre Stellung in Nordchina ist stark. Dazu kommt, daß Rußland den Chinesen modernes Kriegsmaterial geliefert hat, das diese auch richtig verwenden können: Tanks, Geschütze, Düsenflugzeuge, nach unkontrollierbaren Berichten sogar Unterseeboote. Wahrscheinlich sind die meisten MIG-15 Düsenjäger mit Chinesen bemannt, die eindeutig weniger gut ausgebildet sind als amerikanische Piloten. (Einzelne MIG-Jäger sollen mit polnischen oder deutschen «Freiwilligen» bemannt sein, wobei auch einzelne Russen beteiligt sein dürften.) In bezug auf menschliche Qualitäten verfügen die Chinesen über alle Voraussetzungen für eine zukünftige Luftmacht.

Es ist möglich, daß der Prozeß einer Russifizierung der Armee auch schon in China eingeleitet worden ist. In der Mandchurei scheint bereits ein gemeinsames russisch-chinesisches Kommando eingesetzt worden zu sein. Russische «Berater» sollen in vielen Gegenden Chinas ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Chinesische Truppen werden unter der Leitung russischer und chinesischer Instruktooren in der Mandchurei ausgebildet, und eine der vielen Geheimklauseln des chinesisch-russischen Freundschaftsvertrags soll das russische Versprechen enthalten, über eine Million chinesischer Soldaten voll auszurüsten. Eine russisch ausgerüstete chinesische Armee würde eine riesige Bedrohung des größten Teiles von Asien bedeuten. Es ist noch ungewiß, wie weit Moskau — oder Peking — gewillt ist, diesen Russifizierungsprozeß zu treiben. Die Neuausrüstung und die administrative und taktische Reorganisation der gesamten chinesischen Armee nach sowjetrussischem Muster wäre eine ungeheure Aufgabe. Sie würde die sowjetische Wirtschaft sehr belasten und könnte, einmal durchgeführt, Peking zu einer Moskau unerwünschten Selbständigkeit verhelfen, welche die Gefahr einer vom Stalinismus abweichenden Form des Kommunismus mit sich bringen würde. Wahrscheinlich zieht es Rußland vor, China in bezug auf Ausrüstung und industrielle Hilfe, in seiner gegenwärtigen Abhängigkeit zu belassen. Dieses Ziel kann es dadurch erreichen, daß dauernd kleinere Ausrüstungsmengen nach China transportiert werden, aber nie genügend modernes Material für die gesamte Armee und sodann die Zahl der «Berater» ständig erhöht wird.

II.

Baldwin vertritt die Ansicht, es gebe wahrscheinlich keine bessere Darstellung des chinesischen Kämpfers als jene Magruders:

«Um eine disziplinierte Einheit aufzubauen, gibt es kein gefügigeres, bildsameres Material, als den chinesischen Soldaten. Ohne Murren erträgt er endlose Strapazen und Widerwärtigkeiten. Er legt gewaltige Strecken zurück, mit einer Fußbekleidung, die einen Soldaten des Westens nach keinen zwei Kilometern marschunfähig machen würde. Während unsere eigenen Soldaten beim Rasten oder bei der Erfüllung von Dienstpflichten, die ihnen nutzlos erscheinen, ihre Nerven abnützen und sich erschöpfen, erholt sich der chinesische Soldat, sobald die körperliche Anstrengung aufhört. Er kümmert sich wenig darum, wo er sich befindet oder wie lange er dort bleiben muß, sofern er über das allernotwendigste an Nahrung und Kleidung verfügt... Er ist nur allzu froh, wenn er seine knapp-genügende Portion Reis erhält»²⁾.

Der chinesische Soldat stammt aus einem Land der Konflikte, in dem das menschliche Leben billig ist. Er ist Fatalist und gleicht dem japanischen Soldaten; nur ist er weniger erfolgreich. Sein «außerordentlich stark entwickelter Sinn für blinden Gehorsam» befähigt ihn, jeden, auch noch so riskanten Auftrag ohne Zögern auszuführen und macht ihn zu einem sehr gefährlichen Gegner. Dieser Geist des blinden Gehorsams ist aber gepaart mit einem Mangel an persönlicher Initiative und — wie beim Japaner — einem sturen Festhalten an einem Plan oder Befehl. In Korea hatte diese eiserne Disziplin, die auch als geistloser Automatismus bezeichnet werden kann, große Verluste zur Folge. Der Feind griff manchmal Nacht für Nacht über das gleiche, gut verteidigte Gelände vorstürmend, in immer neuen Wellen an, um immer wieder zurückgeschlagen zu werden, während vielleicht eine leichte Verschiebung seiner Angriffssachse zur Entdeckung eines schwachen Punktes geführt und einen Durchbruch ermöglicht haben würde. Bei verschiedenen Gelegenheiten bemerkten die Amerikaner, wie chinesische Truppen beim Vormarsch auf Straßen, trotz heftigem gegnerischem Feuer, ihre Marschdisziplin aufrecht hielten. Angreifende Flugzeuge rissen unzählige Lücken in die sich trotzdem in gleicher Ordnung vorwärts bewegenden Kolonnen. Die Überlebenden schritten über die Körper der Gefallenen hinweg und blickten kaum zum Himmel auf, aus dem der Tod ihre Reihen lichtete. Ein ähnliches Beispiel wird vom Kampf um das Changjin (Choshin) Reservoir berichtet. Marinefusiliere nahmen hier eine Kolonne marschierender Chinesen unter direktes Maschinengewehrfeuer. Ein chinesischer Offizier ließ einen Pfiff ertönen, worauf die Überlebenden in den beidseitigen Straßengraben in Deckung verschwanden. Als das Feuer eingestellt wurde, ertönte ein weiterer Pfiff, worauf sich die Truppe wieder in Marschordnung aufstellte und weitermarschierte. Sie wurde erneut unter Feuer genommen, und der gleiche Vorgang wiederholte sich mit sturer Verbissenheit, bis nur noch eine Handvoll Überlebender vorhanden war.

Der Kampfwille des chinesischen Soldaten ist in Korea erprobt worden. Im Jahre 1931 bemerkte Magruder, daß

«dort, wo ein vitales, persönliches Interesse besteht oder zu bestehen scheint, bemerkenswerte Beweise des Kampfgeistes wenigstens zeitweise erbracht worden

²⁾ John Magruder: The Chinese as a fighting Man. Foreign Affairs, April 1931. Vgl. auch: L'armée populaire de libération de Chine. Peking 1950. — Robert Payne: Mao Tse Tung, Ruler of Red China. New York 1950, deutsche Ausgabe Wolfgang Krüger-Verlag, Hamburg 1951. — Gene Z. Hanrahan: The Chinese Red Army and Guerilla Warfare in «Combat Forces», Nr. 7/1951.

sind, sogar von skrupellosen Führern für nicht einwandfreie Ziele. Dabei braucht man die Gefahr bloß so darzustellen, daß sie eine unmittelbare Bedrohung der materiellen Existenz der Betroffenen in sich schließt».

Mit andern Worten: Damals herrschten wirtschaftliche Beweggründe im Denken des chinesischen Soldaten vor. Vor allem beschäftigte ihn der Gedanke an die volle Reisschale, an den hefelosen Brotteig. Damals interessierte ihn das Soldatenleben als Lebensunterhalt, nicht als Verwirklichung eines ideologischen Bekenntnisses. Bis zu einem bestimmten Grad gilt das heute noch. Die Marinefusiliere bemerkten gelegentlich, daß der Wunsch nach persönlichem Gewinn stärker war als die blinde Disziplin des Feindes. Feindliche Angriffe blieben manchmal nach anfänglichen Erfolgen plötzlich stecken, wenn die chinesischen Soldaten anhielten, um zu plündern und zu rauben. Dabei opferten sie die günstige Gelegenheit, entscheidende, taktische Gewinne zu erzielen.

Man muß aber darüber im Klaren sein, daß tatsächlich ideologische Gründe einen Teil der chinesischen Soldaten zum Handeln antreiben. Der Kampfwille einer Armee kann häufig an der Zahl der Gefangenen gemessen werden. Im Gegensatz zu den Nordkoreanern haben sich die Chinesen nicht leicht ergeben. Bis zum 25. Juni belief sich die Zahl der Gefangenen auf bloß 17 039 Mann. Die Verhöre dieser Gefangenen ergaben, daß die «Volksbefreiungsarmee» zwei Mannschaftstypen aufweist. Der eine Typus könnte als der chinesische Berufssoldat bezeichnet werden. Unter ihnen befinden sich viele ehemalige Nationalisten. Es sind gute Kämpfer, die allerdings mehr durch die volle Reisschale und die Bande der Disziplin zusammengehalten und angetrieben werden, als durch ideologische Begriffe. Der andere Typ dagegen ist der überzeugte und sogar fanatische Kommunist, voll von abgedroschenen Phrasen. Sie reden von ihrem Haß gegen die «kapitalistischen Aggressoren» und von ihrer Hoffnung auf eine «Verbrüderung der Menschen». Dieser Typ scheint der Zement zu sein, der die chinesischen Armeen fest zusammenfügt; Offiziere und Unteroffiziere in Vertrauensstellungen sind fast ausnahmslos überzeugte Kommunisten.

Auch wenn man vom Kommunismus absieht, wäre es ein Fehler, bei der Bestimmung des chinesischen Kampfwillens die gefühlsmäßigen und ideologischen Beweggründe zu wenig in Rechnung zu stellen, denn sie haben in der chinesischen Geschichte immer eine gewisse Rolle gespielt. Selbst Tschiang Kai Snek verwendete politische Kommissare und trieb eine intensive Propaganda, um seine Armeen enger an sich zu binden. Der chinesische Soldat hatte in der Vergangenheit verhältnismäßig wenig Sinn für persönliche Loyalität gegenüber großen Führern oder hohe Beweggründe gezeigt. Er kämpfte meistens für jenen General, der ihm die greifbarste Belohnung bieten konnte. Aber neben diesem materiellen Motiv hat sich gelegentlich doch immer wieder ein idealistischer Zug gezeigt. Magruder stellte auch fest, daß das Aufpeitschen von Haßgefühlen besonders wirksam war, um den Kampfegeist des chinesischen Soldaten anzuregen. Die Kommunisten haben das bestmöglich ausgenutzt. Die Leichtgläubigkeit des chinesischen Soldaten macht ihn zu einem gefügigen Instrument. Ein amerikanischer Frontbericht besagt:

«Im allgemeinen steht die Schulbildung der chinesischen Soldaten auf einer sehr tiefen Stufe. Sie haben infolgedessen auch nicht die Fähigkeit, Wahres von Unwahrem zu unterscheiden, und können durch falsche Propaganda leicht irregeführt werden, Tatsachen, die die Kommunisten bis zum äußersten ausgenutzt haben».

Es sind auch rätselhafte Widersprüche zum eben Gesagten festgestellt worden. Viele chinesische Kriegsgefangene in Korea waren erstaunlich gut informiert über die Einheit, der sie zugeteilt waren, und über die Bezeichnungen der übergeordneten Einheiten bis hinauf zur Armee. In zahlreichen Einzelfällen kannten die Gefangenen sogar den Feldzugsplan bis in Einzelheiten. Ein von den Marinetruppen bei Choshin

eingebrachter Gefangener schilderte beim Verhör den chinesischen Plan, die Nachschubroute der Marinetruppen abzuschneiden, um sie in den kalten Bergen des Nordens wie in einer Falle zu erwischen, bevor er zur Ausführung gelangt war. Da die große Masse der Soldaten weder lesen noch schreiben kann oder nur die Rudimente dieser Künste kennt, müssen die meisten Aufträge und Befehle mündlich gegeben werden. Der chinesische Soldat kann Dinge, die er sich eingepägt hat, gut behalten und hat einen gut entwickelten Sinn für das Gelände; er führt die Befehle wörtlich aus.

Die Angaben Baldwins über die Behandlung der Kriegsgefangenen und Verwundeten sind durch die amtlichen Berichte über die vielen Ermordungen überholt³⁾. Nachfolgende Detailangaben bilden aber eine wertvolle Ergänzung der Zeitungsmeldungen. Da die Behandlung zwischen unerhörter Brutalität und berechneter Freundlichkeit variiert, werden Gefangene und Verwundete gelegentlich mit Sorgfalt und Rücksicht behandelt und dann in Freiheit gesetzt, wobei sie Botschaften der guten Gesinnung an die «kapitalistischen Aggressoren» zurückbringen. Auf der anderen Seite bildeten Verwundetentransporte, die aus dem Hinterhalt beschossen wurden, ein Lieblingsziel vieler Chinesen. Häufig wurden Handgranaten in die mit Verwundeten voll besetzten Lastwagen geworfen.

Die militärische Disziplin ist rücksichtsloser, blinder als in den meisten Armeen. Ihre Komponenten sind wirtschaftlicher und ideologischer Art, Zuckerbrot und Peitsche, Hoffnung auf Belohnung und Furcht vor Strafe. Die natürliche Unterwürfigkeit des chinesischen Soldaten ist gepaart mit dem Fanatismus des kommunistischen, politischen Kommissars und der beständigen Drohung im Rücken, die Familien könnten für die Vergehen der Väter und Söhne bestraft werden. Die Disziplin ist äußerst wirksam, und niemand kann den Mut und die Ausdauer des chinesischen Soldaten im Kampf in Zweifel ziehen. Der Mangel an Initiative und das sture Festhalten am Wortlaut der Befehle sind aber schwerwiegende taktische Nachteile, die wahrscheinlich zum guten Teil schuld daran sind, daß es den Amerikanern wiederholt gelungen ist, zahlenmäßig überlegene Streitkräfte zurückzuschlagen.

III.

Die zusammengewürfelte Ausrüstung der chinesischen Truppen und ihre begrenzte Feuerkraft bilden einen der Gründe, weshalb sie bis jetzt keinen entscheidenden Erfolg in Korea errungen haben. Obwohl die Neuausrüstung der Armee mit russischem Material schon weit fortgeschritten ist, entstammt die große Masse der Ausrüstungsgegenstände noch immer sehr verschiedenen Quellen. Der folgende, nicht vollständige Katalog der verwendeten Geschütze gibt ein gutes Bild der großen Verschiedenheit ihrer Waffen:

Amerikanische	Japanische	Russische
75 mm Haubitzen (auf Saumtieren bastbar)	75 mm Gebirgsgeschütz	76 mm Geb. Kanone
105 mm Haubitzen	75 mm Kanone, Typ 38	76 mm Kanone (1902)
155 mm Haubitzen	75 mm Kanone, Typen 90, 92	76 mm Kanone (1942)
57 mm Antitankkanone	105 mm Haubitzen	122 mm Haubitzen
	120 mm Mörser	45 mm Antitankkanone

Diese Verschiedenheit der Kaliber erschwert Munitionsnachschub und Taktik. Doch sind die Chinesen sehr geschickt in der Verwendung des Vorhandenen. Erbeutete Waffen werden sofort gegen den Feind verwendet.

Die chinesischen Streitkräfte bestehen in der Hauptsache aus Infanteristen, bewaffnet mit Gewehren, Maschinenpistolen, Handgranaten, automatischen Waffen,

³⁾ Vgl. Bericht von General Ridgway an Trygve Lie. NZZ, Nr. 2611, 1951.

Maschinengewehren und Mörsern. Die Artillerie ist verhältnismäßig klein an Zahl und der Munitionsnachschub ist beschränkt. Es sind auch einige Tanks vorhanden. Die neuesten Modelle sind wahrscheinlich die aus dem zweiten Weltkrieg bekannten russischen T-34 Typen, die immer noch als vorzüglich gelten. Dazu kommt die Luftwaffe mit voraussichtlich über 1000 Maschinen, darunter 400 bis 600 moderne Düsenmaschinen. Viele gehören zum Typus MIG-15. Die Flotte ist bis heute fast bedeutungslos, doch umfaßt sie einige amerikanische und japanische Landungsboote und amerikanische, japanische und russische Torpedoboote und Begleitboote für Zerstörer. Außerdem kann man die Tausende chinesischer Dschunken, die gegen Geschützfeuer große Widerstandskraft zeigen, als eine stets bereite, amphibische Kraft betrachten.

Die Chinesen besitzen nur eine beschränkte Zahl von Motortransportfahrzeugen, obwohl sie alles verwenden, was sie aufreiben können. Da sie keine guten Mechaniker sind, ist der Unterhalt der Fahrzeuge und der übrigen motorisierten Ausrüstung schlecht. Pannen sind sehr zahlreich, und viele Lastwagen werden buchstäblich mit Draht zusammengehalten. Die Truppen bewegen sich hauptsächlich zu Fuß, und ihre Beweglichkeit ist deshalb begrenzt; doch kann der chinesische Fußsoldat in einer Nacht leicht 30 bis 50 km zurücklegen. Der Nachschub wird oft durch Träger oder Züge von Lasttieren nach vorn gebracht. Gleich wie die russische verwendet auch die chinesische Armee alles irgendwie Greifbare, vom Lastwagen und Schulbus bis zum koreanischen Träger, Ochsen, Kamel und Pferd.

Die Taktik eines solchen Armeetyps ist der Masse angepaßt. Da das Menschenmaterial im Orient weniger wertvoll ist als die Ausrüstung, opfern die Chinesen viel bereitwilliger eine Kompanie oder ein Regiment als einen Tank. Wenn die Stärke des Feindes zu groß ist, bedienen sie sich der Abnutzungstaktik. Sie ermüden den Gegner durch ununterbrochene Guerillaangriffe oder greifen wiederholt heftig an und verschwinden wieder. Sie versuchen, kleinere Einheiten des Feindes in einen Hinterhalt zu locken; hierin sind sie Meister. Weitere Mittel sind die «Infiltration», die doppelte Einkreisung, die Isolierung und die Vernichtung kleinerer Gruppen. In primitivem Sinne sind sie ausgezeichnete Ingenieure und besonders geschickt im Erstellen von Straßensperren hinter den feindlichen Linien und im Brückenbau mit primitiven Mitteln. Ist eine Einheit isoliert, versuchen sie regelmäßig, sie zu überrennen und zu vernichten, indem sie Welle auf Welle frontal angreifen lassen und ohne jede Rücksicht auf Verluste an diesem Schema festhalten. Bleibt aber die Verteidigung fest, nehmen sie den Mißerfolg einfach hin, ohne etwas Neues zu versuchen. Ihre Taktik ist starr; dies ist teilweise ihren nationalen Eigenschaften zuzuschreiben, teilweise aber auch dem Mangel an Verbindungsmitteln, der es ihnen verunmöglicht, eine plötzlich notwendige Änderung im Schlachtplan einer großen Armee bekanntzugeben.

Die Chinesen verlassen sich auf ihre starke Übermacht an Mannschaften — gewöhnlich mindestens drei zu eins. Sie sind auch Meister der Tarnung und Verschleierung; wo eine andere Deckung fehlt, suchen sie während des Tages Schutz in Eingeborenenhütten oder in verlassenen Minenlöchern. Ihre Vorliebe für Nachtangriffe ist teilweise psychologisch zu erklären — man denke an das Grauen, das sich der weißen Truppen bemächtigt —, teilweise taktisch begründet, da sich die Infiltration der feindlichen Linien nachts viel besser bewerkstelligen läßt. Bei diesen Nachtangriffen hört man viele Hornstöße und Pfeifensignale, manchmal auch Rufe, Herausforderungen und Hohngeschrei. Dieser «Lärmkrieg» verfolgt einen dreifachen Zweck. Er verwirrt und erschreckt den Feind. Dies erfuhren die amerikanischen Einheiten bei den ersten Begegnungen mit chinesischen Truppen am eigenen Leibe. Wenn Chinesen Südkoreaner angreifen, läßt sich diese Wirkung heute noch feststellen. Sodann dient dieser Lärm als Ersatz für Radio und Telephon und enthält Anweisungen und Befehle für die angreifenden Truppen. Schließlich lockt er Feuer

aus den feindlichen Stellungen und ermöglicht so den angreifenden Chinesen, festzustellen, wo die feindliche Feuerkraft konzentriert ist. Kriegslisten und Täuschungen — und durch Scharen von Zivilflüchtlingen gedeckte Angriffe und Scheinübergaben — gehören zur Tradition der chinesischen Taktik. Im großen und ganzen ist diese einer vorwiegend infanteristischen Massenarmee gut angepaßt. Auch ist sie im allgemeinen bis hinunter zur Kompanie gut durchdacht. Geschmeidigkeit oder Originalität fehlen aber weitgehend, besonders auf den unteren Stufen. Auch das chinesische System der Truppenbewegung und Unterbringung ist den Massen angepaßt. Ganze Dörfer werden gezwungen, Munition zu tragen oder Feldbefestigungen zu bauen. Die chinesischen Verbindungen haben sich als besonders widerstandsfähig gegen Luftangriffe erwiesen, weil die Chinesen mit ihren ungeheuren Menschenmassen die Zerstörungen des Tages in der Nacht wieder beheben.

Die strategische Konzeption der chinesischen, kommunistischen Führer in Korea scheint im ganzen richtig gewesen zu sein. Sie haben es verstanden, ihre Zeit abzuwarten, und haben für ihre Angriffe die schwachen amerikanischen Stellen sorgfältig ausgesucht. Ihre Intervention in Nordkorea, welche die Hoffnungen auf einen Endsieg und die Heimkehr vor Weihnachten so schändlich zunichte machte und die Amerikaner zu einem katastrophalen Rückzug zwang, war ein Muster sorgfältiger Planung und Geheimhaltung. Damals zeigte der Feind, — er hat es seither noch mehrmals bewiesen —, daß er dank seinen gewaltigen Massen imstande ist, die amerikanischen Verteidigungsstellungen zu durchbrechen. Allerdings lagen bei seinen Frühjahrsoffensiven die von ihm ausgesuchten schwachen Stellen in südkoreanischen Frontabschnitten. Die Unfähigkeit der Chinesen, ihre Erfolge auszunützen, war nicht so sehr ein Zeichen strategischer Kurzsichtigkeit, als eine Folge der begrenzten Möglichkeiten einer Armee von Fußsoldaten. Diese besitzt nur wenige Tanks, weist geringe Beweglichkeit auf den Straßen auf und verfügt über keine direkte Luftunterstützung gegen eine feindliche Armee, die ihr zwar zahlenmäßig stark unterlegen ist, dafür aber eine große Beweglichkeit auf den Straßen entwickelt und eine viel größere Feuerkraft besitzt. Die Chinesen machten in Korea die gleichen Erfahrungen, die schon bei den unentschiedenen Grabenkämpfen des ersten Weltkrieges gemacht wurden: trotz gewaltigen Verlusten infolge von Maschinengewehrfeuer kann der Fußsoldat schließlich doch durch eine befestigte Stellung brechen, aber nach dem Durchbruch ist er so erschöpft, daß er, sofern Tank und Luftwaffenunterstützung fehlen, seinen Erfolg nicht ausnützen kann, bevor der Feind zum Ausfüllen der Lücken Reserven herbeigeschafft hat.

Die Organisation der chinesischen Armee ist ihren Waffen und ihrer Taktik angepaßt. Die Bewaffnung der bei voller Stärke gewöhnlich 8—10 000 Mann umfassenden Infanterie-Division besteht hauptsächlich aus Gewehren, automatischen Waffen, Granaten, Maschinengewehren und Mörsern. Die meisten Divisionen besitzen als organischen Bestandteil auch Artillerie. Es gehören gewöhnlich drei Divisionen zu einer «Armee», das heißt also 20—30 000 Mann. Eine solche Armee ist nicht viel stärker als eine kriegsstarke amerikanische Division. Eine verschieden große Anzahl solcher Armeen wird abwechslungsweise in «Armeegruppen» zusammengefaßt, die ungefähr einem Armeekorps oder einer Armee der U.S.A. entsprechen. Die größte Formation der chinesischen Armee ist die «Feldarmee». Bei Kriegsbeginn gab es deren vier. Jetzt mögen es sechs sein. Es sind gewaltige Formationen mit Beständen zwischen 150 000 und 750 000 Mann. Tanks und schwere Artillerie werden gewöhnlich in besonderen «Kolonnen» zusammengefaßt, manchmal auch in Armeegruppen, die ein Teil jeder «Feldarmee» sind. Berittene Verbände finden immer noch Verwendung.

In einer Armee, die gleichzeitig veraltete und allerneueste Ausrüstung und Taktik verwendet, deren Angehörige teils primitive Bauern sind, die durch Hoffnung auf Beute und Angst vor Vergeltung angetrieben werden und teils fanatische

und anmaßende Zeloten, bildet die Führerschaft den Sauerteig, der das Ganze zu einer wirksamen Kampforganisation formen oder aber Zusammenbruch und Katastrophe verursachen kann.

Die höchsten Führer der chinesischen Kommunisten sind theoretisch gut geschult. Sie beherrschen Clausewitz ebenso gut wie Sun Tse und Stalin. Sie verbinden psychologische und politische mit militärischen Momenten. Für sie gibt es keine genaue Demarkationslinie. Seit dem Sieg der Kommunisten in China ist der Ausbildung der Führer auf allen Seiten größte Beachtung geschenkt worden. Trotzdem gibt es immer noch schwache Glieder in der Kommandokette. Viele jüngere Kommandanten, besonders die Kp.Kdt. und Zugführer verfügen nicht über das nötige militärische Wissen, obwohl sie mit glühendem Fanatismus ihre Pflicht erfüllen.

Ob die chinesische Armee in der Zukunft schlagkräftig sein wird, hängt ganz von der Führung ab. Ein amerikanischer Frontbericht besagt:

«Die angeborene, fatalistische Einstellung der Chinesen läßt sie im Kampf scheinbar furchtlos erscheinen, solange ihre Führer keine Unsicherheit zeigen. Der Verlust der Führung oder des Vertrauens in sie hat aber schon oft dazu geführt, daß ganze Einheiten verloren waren, sich auflösten, oder sich dem Feinde ergaben. Wenn der chinesische Soldat beim Feind Schwächen oder Unachtsamkeit entdeckt, wird sein Benehmen sogleich anmaßend und überheblich... Wenn er jedoch einem starken und entschlossenen Feind gegenübersteht, hängt seine Standhaftigkeit ganz von der entschlossenen und begeisterten Führung ab, ohne die sein Widerstandswille oft schwach ist».

Diese Beobachtungen erhalten dadurch noch mehr Gewicht, daß nach der Überlieferung die Loyalität vieler chinesischer Soldaten ihrer Natur nach rein persönlich ist. In der Vergangenheit sind sie oft lieber einem Mann gefolgt, als einem Ideal. Heute bildet der politische Kommissar einen wichtigen Bestandteil im chinesischen Militärapparat. Er sorgt für persönliche Führung und bürgt zugleich dafür, daß jeder einzelne Mann der Sache des Kommunismus gegenüber loyal bleibt.

Das militärische Potential Chinas nähert sich wahrscheinlich mit dem koreanischen Krieg einem Wendepunkt. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die chinesische, kommunistische Hierarchie die in diesem Krieg enthüllten militärischen Schwächen erkannt hat und nun versucht, Abhilfe zu schaffen. Verschiedene Verbesserungen werden schon bald in Angriff genommen werden, und es ist wahrscheinlich, daß die größten Schwächen in den nächsten paar Jahren verschwinden werden und allmählich bessere Ausrüstung und Bewaffnung, größere Vereinheitlichung der Bewaffnung, bessere Führung und Organisation und moderne Taktik den chinesischen Streitkräften größere Beweglichkeit und Feuerkraft verschaffen werden. Dagegen wird die eigentliche Schwäche Chinas als Militärmacht noch lange Zeit weiterbestehen. Sie ergibt sich aus der mangelhaften industriellen Entwicklung des Landes und dem ungenügenden Verkehrsnetz. Um diese Übel zum Verschwinden zu bringen, braucht es sehr viel Zeit. Es ist daher unwahrscheinlich, daß wir zu unseren Lebzeiten noch Zeugen eines voll ausgerüsteten und gepanzerten rotchinesischen Kolosses sein werden. Gefährlicher ist dagegen die Möglichkeit einer allmählichen Russifizierung der chinesischen Armee, die ihrer offensiven und defensiven Stärke in absehbarer Zeit einen gewaltigen Zuwachs bringen würde. Infolge des Nichtvorhandenseins der entsprechenden Industrien würde jedoch ihr Durchhaltevermögen vielleicht nicht gesteigert.

Die folgenden Schlüsse können jedoch nicht widerlegt werden: *Die chinesische Armee, die in der Vergangenheit wenig Beachtung fand, ist heute ein wichtiger politischer Faktor im Orient. Der chinesische Soldat hat bewiesen, daß er den Willen hat, zu kämpfen.*

Miles